

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 66, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Briefkasten: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag

19. Mai 1925

Berlog und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2307

Breitscheid über die Außenpolitik.

Die Wahl Hindenburgs und die deutsche Politik. - Nun erst recht Republik!

Die bleierne Langeweile, die sich gestern während der Berlesung des Herrn Stresemann über das Haus gelegt hatte, wurde heute durch den frischen Windhauch einer glänzenden Rede des Genossen Breitscheid verjagt.

In der Forderung der Räumung des Ruhrgebiets und der Kölner Zone trat Breitscheid an die Seite der Reichsregierung. Mit treffender Schärfe wies er die Versuchung der Rechtsparteien zurück, nationale Gesinnung für sich zu monopolisieren.

An das Ausland richtete Breitscheid die Forderung, dem deutschen Volke endlich volle Gleichberechtigung zu geben. In den Fragen des Völkerbundes und der Abrüstung war Breitscheids Rede von glühendem Idealismus getragen.

Die Rede, die tiefen Eindruck auf das Haus gemacht hatte, wurde von unserer Fraktion mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Die heutige Reichstags Sitzung, in der die außenpolitische Debatte beginnt, eröffnet Präsident Löbe um 11 Uhr mit der Mitteilung, daß der Abg. Wipers (Welfe) an Stelle eines verstorbenen Vertreters dieser Partei in den Reichstag eingetreten ist.

Dr. Breitscheid:

Wir haben gestern eine Reihe von Berichten gehört, Berichte über die Auswärtigen Verhandlungen und den Bericht des Außenministers über unsere Beziehungen zum Ausland, die freundschaftlich, gut oder zumindestens korrekt seien.

Aber wir wenden uns auch an die gesamte Reichsregierung und unsere Interpellation fragt auch, ob die Regierung glaube, weiterhin das tun zu können, was sie tun möchte. Wir gehen dabei aus von der Tatsache, die Herr Stresemann untrachtet gelassen hat, nämlich von der Wahl eines neuen Reichspräsidenten.

Mit besonderem Nachdruck ist der überparteiliche Charakter der Kandidatur und der Präsidentschaft Hindenburg betont worden. (Sehr wahr! rechts.) Mit welchem Recht das gerade in diesem Fall geschieht, ist uns allerdings nicht vollständig klar, zumal ja Herr v. Hindenburg sich als Mitglied einer bestimmten politischen Partei bekannt hat.

Wir brauchen noch einmal die Gelegenheit, um von dieser Stelle aus in voller Ehrfurcht und mit vollem Dank der Tätigkeit des Amtsvorgängers des jetzigen Reichspräsidenten zu gedenken und erneut festzustellen, daß der erste Präsident der deutschen Republik

ganz ohne Rücksicht auf seine parteipolitische Herkunft sein Amt so objektiv verwaltet hat, wie es durch die Verfassung vorgeschrieben ist.

(Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Das Organ der Deutschnationalen Partei, die „Nationalpost“, hat dieser Tage es als eine Fügung der Gnade Gottes bezeichnet, daß Ebert zur rechten Zeit gestorben sei. (Stürmische Zustimmung links und in der Mitte.) Lieber den Geschmach läßt sich nicht streiten, am wenigsten mit den Hintermännern der „Nationalpost“.

Was würden die Deutschnationalen gesagt und geschrieben haben, wenn ein Sozialdemokrat etwa den entsehligen Tod Karl Helfferichs als eine Fügung der göttlichen Gnade hingestellt hätte.

Die Demokratie verlangt, daß wir uns dem verfassungsmäßig ergangenen Volksentscheid fügen. Wir hören nach der Wahl nicht auf, die Gegner von vor der Wahl vertretenen politischen Ideen und Auffassungen zu sein, aber wir bringen dem Präsidenten den Respekt entgegen, der ihm als Person und der vor allem seinem Amt gebührt, so lange er sich im Rahmen der von ihm beschworenen Verfassung hält.

Wir sind weit entfernt zu sagen, daß die Persönlichkeit des Mannes, der an der Spitze der Republik steht, gleichgültig für die weitere politische Entwicklung unseres Landes sei. Auch der englische König hat verfassungsrechtlich die Politik nicht zu bestimmen, es ist aber, wenn der König eine entsprechende Persönlichkeit war, wiederholt gesehen.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, mit welchem Programm, mit welchen Hoffnungen, mit welchen Erwartungen diejenigen, die die Wahl Hindenburgs vorbereitet haben, in diese Wahlkampagne gezogen sind, so können wir uns selbstverständlich der Besorgnis nicht entschlagen, daß diese Personen nunmehr sich bemühen werden, mit Hilfe des Reichspräsidenten ihre Erwartungen zu verwirklichen.

Gerade bei den Freunden der deutschen Republik im Ausland hat die Kandidatur und die Wahl von Hindenburg Besorgnisse hervorgerufen, insbesondere wegen der Erhaltung der republikanischen Verfassung und wegen der Weiterführung einer Außenpolitik der Verständigung und des Friedens.

Herr v. Hindenburg hat auf die schwarzrotgoldenen Farben den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet. Von diesem Eid hat Dr. Coerting in der gestrigen „Kreuzzeitung“ geschrieben, dieser Eid sei das größte und schmerzlichste Opfer gewesen, das der Feldmarschall jemals gebracht habe.

Wenn Sie anderer Meinung sind, Herr Baerenz, so würde es uns außerordentlich interessieren, diese abweichende Meinung zu hören. Herr v. Hindenburg hat geschworen, daß er die Verfassung wahren wird, und das bedeutet, daß er die republikanische Verfassung gegen jeden Angriff mit aller ihm zur Verfügung stehenden Macht verteidigen wird.

Sie (nach rechts) sprechen gelegentlich davon, daß die Republik ja auch auf verfassungsmäßigem Wege abgeschafft werden könnte. Das ist theoretisch richtig, aber die Voraussetzungen dazu fehlen einstuweilen.

unser Stellung zur Republik

einer Kritik unterzogen worden. Es wurde behauptet, wir seien gar keine Anhänger der gegenwärtigen Staatsform. Das ist eine falsche Meinung. Allerdings sind auch wir nicht zufrieden mit der Republik, weil sie in ihrem heutigen Zustand durchwegs ist mit kapitalistischem Geist, weil sie eine Republik des Kapitals, der besitzenden Klassen ist.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Vertreter des Großgrundbesitzes, des Großkapitals sagen, wenn ihnen Liebesgaben und Schulzölle gegeben werden, warum sollten sie sich dann nicht mit der Republik abfinden. Wir werden dann die Auseinandersetzung nicht mehr um das Prinzip, sondern um den Inhalt der Staatsform führen, die Auseinandersetzung um die Herrschaft und um die Leitung der Republik.

die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens

zu sein scheint. Und hier erwächst uns die andere Sorge: Wird es möglich sein, nach der Präsidentenwahl die Politik des Friedens und der Verständigung weiterzuführen. Ich erinnere daran, wie Hindenburg als der Retter angepriesen worden ist. Er sollte uns vor allem möglichen retten, vor der Korruption, vor dem Zentrum, er sollte uns vor allem aber vor niemand anderem retten, als vor dem gegenwärtigen Außenminister. (Heiterkeit.) Ich will nicht alte Wunden in dem Herzen des Herrn Dr. Stresemann aufreißen.

Sie bekämpfen die Politik der Verständigung und des Friedens.

Diese Politik ist allerdings weder von Herrn Stresemann noch von Herrn Luther erfunden worden. Sie ist die Fortsetzung der Politik, die von anderen Reichskanzlern und Außenministern unter schweren Opfern eingeleitet worden ist.

Es handelt sich vor allem um einen Angriff auf den Garantiepakt in der Sicherheitsfrage, wie er von der Regierung Luther angeregt worden ist. Herr Stresemann hat sich auf die Ausführungen berufen, die er im Auswärtigen Amt und vor Pressevertretern früher gemacht hat. Es muß doch aber an die Geschichte des Garantiepaktes erinnert werden.

Die heute gegen den Sicherheitspakt Sturm laufen, dürfen sich nicht einbilden, daß der 26. April für die Erfüllung ihrer Forderungen größere Garantien geschaffen habe. Man redet von der Preisgabe Elsaß-Lothringens. Wir haben doch aber den Friedensvertrag unterzeichnet und dieser ist jetzt geltendes Recht. Wir haben darin auf Elsaß-Lothringen verzichtet.

Der Waldbrand in Pommern.

Ueber den ungeheuren Waldbrand, der, wie bereits kurz gemeldet, am gestrigen Montag im Südteil des Kreises Rugard in Pommern ausgebrochen ist, werden folgende Einzelheiten gemeldet: Das Feuer entstand aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache am Montag vormittag gegen 11 Uhr in dem großen, zur Oberförsterei Friedrichswalde gehörigen Staatsforst, der östlich der Bahnstrecke Altzimm—Gollnow zu beiden Seiten der diese beiden pommerschen Städte verbindenden Chaussee liegt. Gerade dieses Waldgebiet, das in der Hauptsache von Kiefern, daneben aber auch von Buchen und Eichen bestanden ist und außer dem Revier der Oberförsterei Friedrichswalde auch das staatliche Revier der Oberförsterei Bütt und den Stadforst von Altzimm umfasst, war im vorigen Jahr besonders stark vom Forstschädlingsheimegefolg betroffen worden. Infolgedessen mußten in den letzten Monaten starke Einschläge vorgenommen werden, an denen neben Altzimm und Stettiner Holzhandelsfirmen auch die Firma Stinnes sehr stark beteiligt war. Ein großer Teil des geschlagenen Holzes war noch nicht abtransportiert. Die stehengebliebenen Bestände waren durch den Forstschädlingsfraß stark mitgenommen und teilweise verrotten. Infolgedessen fand das Feuer sofort reiche Nahrung. Unglücklicherweise herrschte am gestrigen Montag ein

heißer Sturm, der die Flammen aufpflanzte, so daß sie sich mit rasender Schnelligkeit verbreiteten. Im Zeitraum von einer Stunde hatte der Waldbrand bereits eine ungeheure Ausdehnung angenommen und ergriff von Stunde zu Stunde immer neue Bestände des weiten Waldgebietes. Durch die in Frage kommenden Oberförstereien waren angefordert die ungeliebte Gefahr nicht nur die Feuerwehren aller umliegenden Gemeinden, sondern auch die nächsten Militärbehörden benachrichtigt worden. Im Laufe der Nachmittagsstunden trafen außer den freiwilligen Feuerwehren in Ostmagenzügen Reichsheertruppen aus Altzimm von der Jägerabteilung 2, aus Stargard vom Infanterieregiment 2 und vom Infanterieregiment 5 in dem vom Feuer bedrohten Gebiet ein, und unter Leitung der ebenfalls herbeigeeilten Reichsheertruppenkommandos wurden die Rettungsarbeiten in Angriff genommen. Zunächst allerdings schien alle Arbeit vergeblich. Um 5 Uhr nachmittags war das Flammenmeer bereits so dicht an das

Dorf Hornstrug

an der Straße Altzimm-Gollnow herangekommen, daß die Vorbereitungen für die Räumung der kleinen Ortschaft getroffen werden mußten. Mit allen verfügbaren Kräften gingen die von einer furchtbaren Aufregung besessenen Bewohner daran, alles bewegliche Inventar aus ihren Häusern auf bereitstehende Militärfahrzeuge und sonstige Fahrzeuge zu verladen. Das Vieh wurde von der Weide und aus den Ställen zusammengedrückt und in die Obhut der Frauen und Kinder gegeben, während gleichzeitig alle männlichen arbeitsfähigen Bewohner des Dorfes daran gingen, Schutthügel und Dämme rund um den Ort aufzuwerfen. Sie hatten dabei stark unter den Einwirkungen des immer stärker werdenden Rauches und der furchtbaren Hitze des Brandes zu leiden. Währenddessen wälzte sich

das Flammenmeer immer weiter nach Westen,

erreichte die Chaussee Altzimm-Gollnow, die schließlich gesperrt werden mußte und drang weiter in der Richtung auf die Bahnstrecke zu. Um 6 Uhr abends war nach vorsichtiger Schätzung ein Waldgebiet von rund 15 Kilometer Länge und 4 Kilometer Breite von

den Flammen erfaßt, und noch immer schien es trotz der aufopfrenden Tätigkeit der Reichsheertruppen, der Feuerwehren und zahlloser freiwilliger Helfer aus der Umgegend unmöglich, den Flammen Einhalt zu gebieten. Immer wieder peitschte der Sturm die Flammen auf. Riefige Reifighaufen wurden von der Gewalt des Windes, Feuerfäden gleich, weite Strecken durch die Luft getragen und in bis dahin noch nicht betroffene Waldgebiete geschleudert, so daß sich unaufhörlich neue Brandherde bildeten. Das grandiose Schauspiel dieses Waldbrandes, der weithin sichtbare Rauchschwaden erzeugte, hatte Tausende von Menschen angezogen, die selbst von Stein her, wohin der Sturm den Rauch getrieben hatte, in Autos und Fuhrwerken herbeigeeilt waren. In den Abendstunden schien es, als ob nicht nur das Dorf Hornstrug ein Raub des rasenden Elementes werden sollte, auch die Bahnhofsgebäude Krimmswalde und Groß-Christineberg an der Bahnstrecke Altzimm-Gollnow schwebten bereits in äußerster Gefahr. Von der Reichsbahndirektion Stettin waren in aller Eile Hilfszüge nach den genannten Stationen dirigiert worden, um im Falle äußerster Gefahr das Bahnpersonal und das Inventar der Bahnhöfe in Sicherheit zu bringen. Um 8 Uhr abends trat dann schließlich

eine Wendung zum Besseren ein. Der Wind, der sich schon vorher etwas gedreht hatte und nicht mehr direkt auf die Bahnstrecke zu, legte sich mit zunehmender Dunkelheit völlig, so daß buchstäblich im letzten Augenblick das Dorf Hornstrug und die beiden Eisenbahnstationen gerettet waren. Nachdem der Brand einmal eingedämmt war, gelang es den Rettungsmannschaften, ein weiteres Umsichgreifen des Feuers erfolgreich zu verhindern. Die von den Flammen ergriffenen Bestände sind restlos niedergebrannt. Die ganze Nacht über schweelte es in dem einst so schönen Waldgebiet, das nun ein Bild traurigster Zerstörung darstellt. Erst heute früh um 8 Uhr konnten die Reichsheertruppen wieder in ihre Garnisonen abziehen.

Der angerichtete Schaden

ist vorläufig noch unabsehbar. Insgesamt dürften 600 Hektar Wald vernichtet sein, und zwar die Bestände des Oberförsterei Friedrichswalde vollständig, sowie große Teile des Reviers der Oberförsterei Bütt und des Stadforstes Altzimm. Die fraglichen Forsthäuser selbst lagen glücklicherweise abseits von den Revieren, so daß die Bewohner nicht in Gefahr waren. Der Wert der vernichteten Baumbestände dürfte unter Berücksichtigung der von der Forsteule angerichteten Schäden sich auf mindestens 10 bis 15 Millionen Goldmark belaufen. Der Gesamtschaden ist aber bei weitem höher. Vernichtet wurden ferner große Mengen geschlagenen Holzes. Eine Altzimmer Firma hatte für mehr als 150 000 M. Holz in den betreffenden Gebieten liegen, ebenso einige Stettiner Firmen und die Firma Stinnes erlitten erhebliche Verluste.

Völlig verloren ist auch der wertvolle Wildbestand. Die vor dem Feuer herrschenden Tiere schreckten vor den an den Waldbränden stehenden Zuschauern zurück und eilten wieder in den Wald, wo sie ein Opfer der Flammen wurden. Vom Feuer erfaßt wurde ferner ein Wagen mit zwei Pferden, dessen Kutscher sich nur im letzten Augenblick in Sicherheit bringen konnte. Menschenleben hat der Brand glücklicherweise nicht gefordert, doch ist eine Anzahl der Rettungsmannschaften, namentlich der Reichsheertruppen, an Rauchvergiftung erkrankt.

Stadt und Hochbahn.

Ein Berliner Mittagsblatt bringt in sensationeller Aufmachung die Meldung, daß die Stadt Berlin die Hochbahn durch Erwerb der Aktienmehrheit in ihren Besitz überführen wolle. Es wird behauptet, daß auf der Tagesordnung der morgigen Magistratsitzung der Punkt „Erwerb der Hochbahn“ stehe und daß als Referenten der Kammerer Dr. Karding und Stadtbaurat Dr. Adler vorgesehen seien. Wie genau diese Mitteilungen sind, geht schon daraus hervor, daß Dr. Karding überhaupt nicht in Berlin ist und erst am Freitag zurückkehren wird. Allerdings besteht für die Stadt die Möglichkeit, im November d. J. sich darüber verbindlich zu erklären, ob sie 1927 zu den Bedingungen des bisherigen Konzessionsvertrages die Hochbahn erwerben will. Es ist aber vollkommen ausgeschlossen, daß unter den heutigen Verhältnissen solche Entschlüsse erfolgt. Wahrscheinlich wird die Stadt aber die Gelegenheit benutzen, um den Konzessionsvertrag zu ändern und auch eine Reihe übriger Streitfragen zu regeln. Alle diese Dinge hängen formell mit dem aktienrechtlichen Streit in der Generalversammlung der Hochbahn nicht zusammen. Es erscheint auch vorläufig ausgeschlossen, daß bis zur nächsten Generalversammlung, die am nächsten Sonntag stattfindet, eine Verständigung herbeigeführt wird. Bis zu einem Erwerb der Aktienmehrheit der Hochbahn durch die Stadt ist jedenfalls noch ein weiter Weg, so sehr ein solcher Schritt auch im Interesse der Vereinheitlichung des Berliner Verkehrs zu begrüßen wäre. Im übrigen wird möglicherweise die heutige Stadivervollmächtigtenversammlung auf Grund eines kommunikativen Antrages Gelegenheit nehmen, sich mit der Frage zu beschäftigen, wenn gleich die Abwesenheit des Kammerers einer sachlichen Diskussion nicht gerade förderlich sein wird.

Eine tolle Autofahrt. Das Abenteuer einer Artistin.

Eine geheimnisvolle Entführung beschäftigt die Kriminalpolizei. In der vergangenen Nacht zwischen 12 und 1 Uhr verließ die 21 Jahre alte Artistin Emma S. das „Café Stern“ am Darniederter Tor, in dem sie als Tänzerin auftritt, um ihre Wohnung in der Darniederter Straße aufzusuchen. Von der Tür aus rief sie einen Chauffeur heran, sagte ihm ihre Wohnung und stieg arglos ein. Erst am Aufsprung merkte sie, daß der Wagen eine ganz andere Richtung eingeschlagen hatte. Sie rief jetzt um Hilfe, und ein Posten der Schutzpolizei hörte sie auch. Der Chauffeur ließ sich aber nicht aufhalten. Der Beamte konnte ihn nicht verfolgen, weil er keinen Wagen fand. In rasender Fahrt ging es jetzt weiter nach dem Tiergarten und die Charlottenburger Chaussee entlang. Hinter dem Großen Stern trat dem Wagen ein Schupobeamter der Kleinen-Tiergarten-Bohle entgegen, weil er viel zu schnell und noch dazu ohne Licht fuhr. Der Chauffeur kümmerte sich aber nicht um geringsten um die Halturufe. Er hätte den Beamten über den Haufen gefahren, wenn er sich nicht im letzten Augenblick durch einen Seitenprung gerettet hätte. Am Bahnhof Tiergarten fiel der rasende Wagen auf anderen Chauffeuren auf. Einer von ihnen wendete rasch sein Auto und nahm mit dem Schupobeamten, der herangeekert war, die Verfolgung auf. Die Insassen rief fortwährend weiter um Hilfe. Am Bahnhof Heerstraße holte man den Wagen ein, als er hier eine Wendung gemacht hatte. Er war aber leer. Auf die Frage, wo die Dame geblieben sei, gab der Chauffeur keine Antwort. In diesem Augenblick aber kam auch die Insassin schon herangejährt. Sie war etwa 60 Meter vor dem Bahnhof wählend der vollen Fahrt hinausgesprungen und mit Faustschülagen auf den Armen und den Knien dahingekommen. Die Tänzerin kann sich diese sonderbare Entführung nicht erklären. Sie kennt den Chauffeur nicht und hat ihn nie vorher gesehen. Der Wagenführer selbst, der Chauffeur Friedrich Stephan

aus der Hottelischen Straße 27 zu Wilmsdorf, verweigert jede Aussage. Er wurde festgenommen und wird heute der Kriminalpolizei im Polizeipräsidium vorgeführt werden.

Schwarzweißrote Privilegien? Polizeiliche Strafmandate gegen Schwarz-Rot-Gold.

Wir berichteten vor einiger Zeit unter dem Stichwort: „Streihöcker verboten — Halenzruze erlaubt“ von dem seitlichen Privileg, das nationalistische Ordensverächter beim Vertrieb ihrer Metallwaren genießen. Wir wiesen auf den merkwürdigen Umstand hin, daß der schwarzweißrote Antiquitätenhändler seinen Christbaumschmuck ungehindert feilbieten kann, während sonst an der betreffenden Straßenseite jegliches Handelstreiben außer Zeitungserverkauf streng verboten ist. Aber es kommt noch besser. Um die imponierende Rechtsungleichheit drastisch zu illustrieren, hat man einem Streiholzverkäufer, der die unauflösbare Freiheit des Feilschens, die Farben des Reiches, die immer noch Schwarz-Rot-Gold sind, zu verkaufen, ein gepfeffertes Strafmandat ins Haus geschickt. Das Mandat einer hochwohlwollenden Polizeibehörde spricht in netter Symbolik von einem „farbigen Band“, das der Delinquent feilgeben habe. Allerdings scheint die Polizei farbenblind geworden zu sein. Wir leben nun einmal in einer Republik, und schließlich ist die Schwarzweißrote Parteilinie der Reaktion auch ein farbiges Band. Wonach wir sich zu richten bitten.

Zwei Tote im Freibad. Gestern nachmittag ertranken im Freibad Badesee der 18jährige Bäckerlehrling Herbert Thiede aus Reichenow, Weißäcker Straße, und der 15jährige Rudolf Rehmung aus der Büneburger Straße 6. Der Unfall wurde erst entdeckt, als man die zurückgelassenen Kleider der beiden fand. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Groß-Berliner Parteienachrichten.

12. Okt. Reichstagsbesitz. Morgen, Mittwoch, abend 8 Uhr Vorhanhabung mit Funktionen im Jugendheim Seeboh. Die Genossen treffen sich jeweils eine halbe Stunde früher.
13. Okt. Versammlung der DDB. (Berliner Sozialdemokr. Studenten) Mittwoch, den 20. Okt. 8 Uhr, Universität, Südfal 41. Gen. Regierungsrat: Philosophie des modernen Subjektivismus.
Jugendjugendlichen Kinderheim Seeboh. Heute abend 7 1/2 Uhr Generallerversammlung im Jugendheim. Geschlossen aller Uhrzeit.

Sport.

Breitensträter und van der Beer disqualifiziert!

Der letzte große Schwergewichtskampf Breitensträter — van der Beer, der im Berliner Sportsplatz ausgetragen wurde und bekanntlich mit einem „Unentschieden“ endete, hat jetzt den Verband deutscher Faustkämpfer zum Einschreiten gezwungen. Die Untersuchung und die große Zeugenvernehmung hat ergeben, daß der Kampf kein realer gewesen ist. Der Verband der Faustkämpfer hat daher folgenden Beschluß gefaßt: „Das Kampfergebnis wird aufgehoben, der Kampf als kein Kampf bezeichnet. Die beiden beteiligten Boxer haben je fünfjährig und fünf Monate Strafe zu bezahlen. Von dieser Strafe wird die Hälfte an die Namen der Stadt Berlin, die andere Hälfte an die Kriegerblinden der Stadt Berlin abgeführt. Außerdem wird van der Beer auf ein halbes Jahr für Deutschland disqualifiziert, Breitensträter wird auf drei Monate für Europa disqualifiziert. Die Disqualifikation Breitensträter tritt erst nach Klärung der deutschen Schwergewichtsmesserschaft in Kraft. Erhalten sind Breitensträter die Ausscheldung gegen Diener und im Siegesfälle der Welterschaftskampf mit Samson-Körner. Die Bestrafung wird sofort der Internationalen Boxunion und dem holländischen Boxverband bekanntgegeben. Dem Manager Breitensträter, Th. C. Buch, wird für die Dauer des Jahres 1925 die Lizenz entzogen. Die von dem Manager van der Beer, Grijpels, getätigten Verträge werden für das Jahr 1925 vom Verband deutscher Faustkämpfer nicht anerkannt. Dem Ringrichter (Doerr), Die Red.) wird für das Jahr 1925 die Lizenz entzogen.“

Die deutschen Landerziehungsheime.

Die erste Tagung der deutschen Landerziehungsheime wurde am Montag vom preussischen Kultusminister eröffnet; der Besuch aus allen Teilen des Reichs war wieder Erwartung. Im ersten Referat behandelte Dr. Alfred Andree sen. die Einweisung und Grundstruktur der Landerziehungsheime. Sehr stark klang aus seinen Worten der individualistische und relativistische Charakter dieser Schulen hervor, deren Erziehungsziele zweifellos für unsere Zeit unzureichend sind und für den jungen Menschen der Arbeiterklasse vollends nicht in Betracht kommen können. Noch deutlicher wurde das bei dem zweiten Referat von Dr. Reiner, der völlige Unabhängigkeit der Schule von den Zielen der Familie, dem Staate, dem Berufe forderte. Während für uns Erziehung ein wichtiger Faktor zur Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens ist, dient sie diesen Männern nur zur harmonischen Ausbildung der Persönlichkeit. Das unterscheidet uns bei aller Sympathie für einzelne Erziehungsansätze und Fortschritte grundsätzlich von den Freunden dieser Schulen, die ja auch rein äußerlich fast durchweg den Kindern der Arbeiterklasse unerschöpflich sind. Damit ergibt sich aber, daß die Landerziehungsheime zwar wichtige Stätten für pädagogische Versuche sind, aber im Rahmen der Volkserziehung nur wenig bedeuten.

Eine neue Jugendherberge in Niederbarnim.

Die wandernde Jugend findet im Kreis Niederbarnim bei der Kreisverwaltung erfreuliches Verständnis und dankenswerter Förderung. Zu den im Kreis bisher vorhandenen vier Jugendherbergen kommt jetzt eine fünfte, die der Kreisrat in dem an der Reinitzdorf-Liebenwalder Eisenbahn gelegenen Klamborf eingerichtet hat. Am Sonntag wurde sie eingeweiht mit einer einfachen Feier, zu der aus Niederbarnim und aus Groß-Berlin viele Jugendvereinigungen erschienen waren, um an den aus diesem Anlaß in Klamborf veranstalteten Sportspielen teilzunehmen. Auch Mitglieder des Kreistages und des Kreisvereins waren zu der Feier nach Klamborf hinausgekommen, an ihrer Spitze der Landrat Schlemminger, der den Einweihungsakt vollzog. Die auf der sonst so stillen Dorfstraße verarmte Stadtjugend in ihrer Wanderrichtung bot ein buntes Bild, das auch viele Bemohner des Dorfes anlockte. Vor dem an der Dorfstraße gelegenen Häuschen, in dem die neue Herberge eingerichtet ist, traten die Festteilnehmer zusammen und ein gemeinsam gefungenes Lied leitete die Feier ein. Landrat Schlemminger begrüßte im Auftrage des Regierungspräsidenten und in Namen des Kreisvereins die Festteilnehmer. In seiner Rede erinnerte er an die Gesundheitschäden, die der Krieg uns hinterlassen hat, und wies hin auf die Notwendigkeit, der aus dem Häusermeer der Großstadt ins Freie sich stüchtende Jugend angemessene Übernachtungsmöglichkeiten zu schaffen. Die neue Herberge sei mit beschriebenen Mitteln eingerichtet worden, aber mit Hingebung und liebevollem Verständnis für die Jugend. Nachdem Kantor Sommer aus Klamborf die Herberge in seine Obhut übernommen und ein Vertreter des Brandenburgischen Jugendvereins vom Deutschen Verein für Jugendherbergen auf die Arbeit dieser Vereinigung hingewiesen hatte, wurde das gerundete geschmückte Häuschen besichtigt. Im Erdgeschoss und im Dachgeschoss sind ein paar Räume freundlich und hübsch hergerichtet worden. Für wandernde Burschen und Mädchen, die übernachtungsmögen, sind hier dreißig Betten aufgestellt. Eine einfache Übernachtungsmöglichkeit bestand schon früher in diesem zu einem Gasthofgrundstück gehörenden Häuschen, aber sie genügte längst nicht mehr dem Bedürfnis. An der gemeinsamen Kaffeetafel und bei Spielen blieben die Festteilnehmer noch lange zusammen.

Die Bauvorhaben kinderreicher Familien!

Das Wohlfahrtsministerium hatte am 22. September d. Js. eine Verfügung unter II 13, Rr. 3374 erlassen, wonach die Bauvorhaben kinderreicher Familien in erster Linie berücksichtigt werden sollen, die bisher leider wenig beachtet worden ist. Da nun der Landtag einstimmig beschlossen hat, den kinderreichen Familien 90 Prozent der Gesamtkosten bezw. 100 Prozent der reinen Baukosten aus der Hauszinssteuer zu zahlen, liegt es, wie die Gemeinverwaltungen Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Kinderreiche Familien“ schreibt, nun an den einzelnen Bezirksamtern, auf Grund obiger Verfügung den kinderreichen Familien auch das nötige reichlich vorhandene Siedlungsland zur Verfügung zu stellen. Wenn nun der Magistrat den kinderreichen Familien helfen will, so kann es nur dadurch geschehen, daß das den Bezirksamtern zur Verfügung stehende Land in Erbpacht gegeben wird, da erfahrungsgemäß die Einweisung über Verkauf oder Erbpacht beim Magistrat in der Grundstücks-Verwaltungsdeputation liegt. Es gibt Bezirksamter, die Bauland zur Verfügung haben, jedoch solche Preise fordern, die für den kinderreichen Familienvater bei den heutigen Verhältnissen unerträglich sind. Soll er nun Grund und Boden käuflich erwerben, so bekommt er laut Beschluß des Landtages 90 Prozent aus der Hauszinssteuer. Die Resthypothek von 10 Prozent ist er gezwungen selbst aufzubringen, was er als kinderreicher Familienvater niemals in der Lage ist. Erhält er aber das Land in Erbpacht, so bekommt er 100 Prozent der reinen Baukosten aus der Hauszinssteuer. Daß die Kommunen und Stadtoverwaltungen bei Vergebung von Bauland in Erbpacht trübe Erfahrungen gemacht haben, lag in erster Linie daran, daß ein großer Verwaltungsapparat benötigt und zweitens, daß das Land an einzelne Pächter abgegeben wurde. Gibt man nun Genossenschaften das Bauland in Erbpacht, so erübrigt sich ein großer Verwaltungsapparat und die Abrechnung erfolgt nur mit der Genossenschaft.

Um den kinderreichen Familien wirkliche Hilfe zuteil werden zu lassen, würde es sich empfehlen, sämtliches Siedlungsland für kinderreiche Familien, die einer gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft angeschlossen sind, in Erbpacht zu geben. Nur in diesem Sinne wirkt der Beschluß des Landtages zugunsten kinderreicher Familien.

4 Jahre Zuchthaus beantragt, trotzdem freigesprochen.

Ein Zuhälter im Alter von etwa 40 Jahren stand auf der Anklagebank des Schöffengerichts Berlin-Mitte. In der Verhandlung trat ein einziger Zeuge auf, der wegen Diebstahls auf einer Tragbühne vorgeführt werden mußte. Er beschuldigte den Angeklagten des Diebstahls an keiner letzten Habe. Umgekehrt hat der Angeklagte, ein Bäcker Walter Sch., den Zeugen wegen Diebstahls seiner Legitimationspapiere angezeigt. Auf der Bühne liegend, entwich der Zeuge seine Anschuldigungen gegen den Angeklagten in flüchtiger Rede, etwas leichtfertig, aber gewandt. Er will 2 Einbrecher beobachtet haben, von denen einer der Angeklagte war. Sie trugen aus ihrem Wohnhause einen Koffer fort. „Nacht“, ruft er, „wohin mit meinem Koffer? — Da erfolgt ein ermunternder Aufruf, es kragt ein Schuß, der dem Zeugen durch die Infolge eines Furunkels angeschwollene rechte Hand schlägt. „Merkwürdig“, bemerkte der Vorsitzende. Über der Zeuge konnte die Polizei nicht rufen, denn er selbst wurde gerade stetrichtlich gesucht, da er wegen Meineides vorurteilt, aber lüchlig war. Noch schlimmer, sagt der Vorsitzende. Eine Schürkeler ist es, meint der Staatsanwalt, einem gehehenen Menschen seine letzte Habe abzunehmen. — Ich beantrage 4 Jahre Zuchthaus. Nach einer kurzen Beratung verkündete das Gericht den Freispruch, denn der Angeklagte sei nicht weniger glaubwürdig als der Zeuge, und jenem sei weder seine Schuld, noch seine Unschuld zu beweisen.

Nachtflüge in Koffitten.

Koffitten, 18. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Nachtflug zählte gute Ergebnisse. Es flogen Schulz eine halbe Stunde, dann Kartens dreizehn Minuten bei Fickops und endlich Fuchs sechs Minuten bei Wind von acht Sekundenmeter.

Pockenepidemie in England. Im ersten Vierteljahr dieses Jahres sind in England und Wales 1760 Fälle von Pocken bei den Gesundheitsbehörden gemeldet worden.

